

Antworten der BayernSPD auf die Anfrage der Initiative stopp TTIP BGL/TS zur bayerischen Landtagswahl am 14.10.2018

zu 1.) Wird Ihre Partei CETA zum Thema im Landtagswahlkampf machen?

Wir thematisieren den Freihandel mit seinen Facetten. Für uns gilt, auch mit Blick auf Fluchtursachen: Wir werden für eine nachhaltige Landwirtschaft eintreten, die der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Drittstaaten durch Exportorientiertheit nicht schadet. Europäische Dumpingprodukte (wie etwa Milchpulver oder Hühnerfleisch) zerstören Märkte und die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Märkten im globalen Süden.

zu 2.) Können Sie garantieren, dass Ihre Partei nach der Landtagswahl keine Koalition eingehen wird, die im Koalitionsvertrag vereinbart, CETA im Bundesrat zuzustimmen? und

3.) Können Sie schriftlich versichern, dass eine Regierung in Bayern im Falle einer Beteiligung Ihrer Partei, CETA im Bundesrat ablehnen, bzw. sich enthalten wird?

Im Falle einer Regierungsbeteiligung in Bayern wird sich die BayernSPD gegen ein zustimmendes Bundesratsvotum des Freistaats Bayern über das am 30. Oktober 2016 unterzeichnete europäisch-kanadische Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) aussprechen und bei ihrem Nein bleiben.

Der Art. 151 der Bayerischen Verfassung besagt: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Erhöhung der Lebenshaltung aller Volksschichten.“ Dieser über 70 Jahre alte Grundsatz ist nach wie vor unsere Richtschnur in der Wirtschaftspolitik

Das heißt: wir stehen für gute wirtschaftliche Entwicklung in Bayern, mit guter Arbeit und einer fairen Verteilung der Wertschöpfung, wir stehen für eine transparente, demokratische Handelspolitik, die ArbeitnehmerInnenrechte schützt und höchste Standards gewährleistet. Für uns gilt: Fairer Handel statt Abschottung oder Handel nur nach Konzerninteressen. Auf dieser Grundlage stehen wir für die weiter erfolgreiche Entwicklung der wirtschaftlichen Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Die SPD-Fraktion hat das Thema EU-Freihandelsverträge als erste Fraktion bereits im November 2013 auf die Tagesordnung des Bayerischen Landtags gesetzt und in der Folgezeit mit einer Vielzahl parlamentarischer Initiativen die Verhandlungen über TTIP und CETA nicht nur sehr kritisch begleitet, sondern auch Bedingungen formuliert, die für eine bayerische Zustimmung zu einem Freihandelsabkommen unverzichtbare Voraussetzung sind (siehe z., B. den einstimmig angenommenen SPD-Antrag „Bayerische Interessen schützen“, Drs. 17/400).

Nicht minder intensiv haben sich viele Gliederungen und Gremien der BayernSPD mit den CETA-Verhandlungen befasst. Nach einem intensiv geführten Meinungsbildungsprozess kam im Juli 2016 eine überwältigende Mehrheit der 300 Delegierten des SPD-Landesparteitags in Amberg zu der Bewertung, dass die von der bayerischen SPD formulierten roten Linien überschritten worden sind und das



Abkommen deshalb abzulehnen ist. Diesem NEIN zu CETA schlossen sich - mit Ausnahme einer Stimme - die bayerischen Delegierten auf dem SPD-Konvent am 19. September 2016 in Wolfsburg an.

Diese Voten sind im Falle einer Regierungsbeteiligung in Bayern zu befolgen.